



MINUSMA 2020: Unverzichtbar in Zeiten von Terror und Corona

Der UN-Mission MINUSMA kommt weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Stabilisierung Malis zu. Die Umsetzung des Friedensabkommens von 2015 verläuft schleppend, auch wenn es in den letzten Monaten Fortschritte gab: Die ersten gemischten Einheiten aus regulären malischen Soldaten¹ und ehemaligen Rebellenkämpfern wurden nach Nord-Mali entsandt. Die Angriffe jihadistischer Gruppen auf UN-Personal, malische Sicherheitskräfte und Zivilisten dauern jedoch an. Zudem ist die Sicherheitslage im Zentrum des Landes auf Grund von Kämpfen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen weiterhin dramatisch. Anfang 2020 zählte Mali rund 220.000 Binnenvertriebene, fast doppelt so viele wie vor einem Jahr.

Hintergrund

Im Januar 2013 griff Frankreich auf Bitte der Regierung Malis in den Konflikt im Norden des Landes ein. Dort hatten Angehörige der ethnischen Gruppe der Tuareg Anfang 2012 eine Rebellion begonnen mit dem Ziel, im Norden einen autonomen Staat („Azawad“) zu errichten. Der erfolgreiche Aufstand zog zunehmend radikal-islamistische Gruppen an, die große Gebiete des Nordens unter ihre Kontrolle brachten. Diese konnten mithilfe der französischen Intervention zurückgedrängt werden. Im April 2013 wurde die Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der UN in Mali (MINUSMA) eingerichtet. Im Juni 2015 unterzeichnete die malische Regierung ein Friedensabkommen mit verschiedenen Rebellengruppen. Die Eckpunkte sind die Entwaffnung der Rebellen, die Reform des Sicherheitssektors sowie mehr Autonomie für Nord-Mali.

Die Aufgaben von MINUSMA

Gemäß dem Mandat vom Juni 2019 (UN-Resolution [2480](#)) hat MINUSMA zwei Hauptaufgaben:

1. Die „primäre strategische Priorität“ ist die Unterstützung der malischen Regierung bei der Implementierung des Friedensabkommens im Norden von Mali.
2. Die „sekundäre strategische Priorität“ ist der Schutz der Zivilbevölkerung und die Wiederherstellung der staatlichen Autorität im Zentrum des Landes.

Daneben soll MINUSMA vertrauensbildende Maßnahmen unterstützen, die Einhaltung der Menschenrechte überwachen und humanitäre Hilfsleistungen absichern. Zusätzlich ist die Mission beauftragt, eine enge Koordination mit den malischen Sicherheitskräften, den beiden EU-Missionen, dem französischen Anti-Terror-Einsatz *Opération Barkhane* sowie der Einsatztruppe der G5-Sahel-Staaten (FC-G5S, s.u.) zu gewährleisten. Für die FC-G5S soll außerdem Unterstützung in den Bereichen Logistik, Verbrauchsgüter (Nahrung, Wasser, Treibstoff) und medizinische Versorgung bereitgestellt werden. Die direkte Bekämpfung terroristischer Gruppen fällt ausdrücklich nicht unter das Mandat von MINUSMA. Dennoch ist MINUSMA mit bislang 209 Todesopfern der gefährlichste laufende UN-Einsatz.

Die aktuelle Personalstärke von MINUSMA beträgt rund 15.400 (12.135 Soldaten, 1.725 Polizisten und 1.580 zivile Kräfte, Stand März 2020).

¹ Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze verwendet die grammatikalisch weibliche und männliche Form gleichberechtigt. Die Personenbezeichnungen schließen dabei auch Personen ein, die eine Geschlechtsidentität haben, die nicht männlich oder weiblich ist.

Das deutsche Engagement bei MINUSMA

Deutschland beteiligt sich seit ihrer ersten Mandatierung in 2013 an MINUSMA. Der Deutsche Bundestag verlängerte im Mai 2019 das Mandat für die Beteiligung der Bundeswehr an der Mission bis Ende Mai 2020. Der aktuelle Antrag der Bundesregierung für die Fortsetzung dieser Beteiligung bis zum 31.05.2021 sieht eine Beibehaltung der Truppenstärke von bis zu 1.100 Soldaten vor, die Kosten über den Mandatszeitraum sollen bei rund 322,5 Millionen Euro liegen. Zurzeit sind 896 Angehörige der Bundeswehr bei MINUSMA tätig, die meisten sind in Camp Castor in Gao stationiert ([Stand](#): 11.05.2020).

Auf Grund der Corona-Pandemie hat die UN die Rotation aller Einheiten in ihren Friedenseinsätzen weltweit bis 30. Juni ausgesetzt. Die Bundesregierung verhandelt zurzeit mit der UN über eine Ausnahmeregelung für das Bundeswehrrkontingent bei MINUSMA. Angedacht ist eine doppelte Quarantäne der Soldaten von zweimal 14 Tagen, zunächst in Deutschland, dann in Mali. Neben den Bundeswehrangehörigen arbeiten 12 deutsche Polizeibeamte sowie 14 deutsche Experten bei MINUSMA.

Weitere Akteure: EU, G5-Sahel und Frankreich

EU Capacity Building Mission in Mali (EUCAP Sahel Mali) | Diese zivile Mission mit 140 Mitarbeitern bildet unter deutscher Beteiligung malische Polizisten, Nationalgardisten und Gendarmen aus, koordiniert internationale Trainingsmaßnahmen und berät die Sicherheitskräfte bei der Personalplanung.

EU Training Mission Mali (EUTM Mali) | Die militärische Ausbildungsmission soll die Sicherheitskräfte Malis und der anderen G5-Sahel-Staaten (Burkina Faso, Mauretanien, Niger und Tschad) befähigen, die Sicherheit und territoriale Integrität des Landes zu gewährleisten. Deutschland ist mit 115 Soldaten (Stand: 30.04.2020) von 745 einer der größten Truppensteller.

Opération Barkhane | Die kürzlich um 600 auf 5.100 Mann aufgestockte französische Militärmission operiert auf dem Gebiet aller G5-Sahel-Staaten. Ihre Aufgaben umfassen sowohl die Unterstützung der nationalen Sicherheitskräfte und von MINUSMA als auch eigenständige offensive Operationen zur Terrorbekämpfung. Ab Sommer 2020 soll *Barkhane* durch die *Special Operations Task Force Takuba* unterstützt werden. Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, die Niederlande, Portugal und Schweden haben dazu Spezialkräfte in Aussicht gestellt, Deutschland wird sich nicht direkt beteiligen.

G5-Sahel Joint Force (FC-G5S) | Diese Eingreiftruppe von insgesamt 5.000 Soldaten ist kein Friedenseinsatz im herkömmlichen Sinn. Die je 1.000 Soldaten aus jedem der G5-Sahel-Staaten führen vor allem im eigenen Land Einsätze durch gegen Terrorgruppen und organisierte Kriminalität, dürfen aber bei der aktiven Verfolgung ihrer Gegner die Grenzen zu G5-Nachbarstaaten überschreiten. Teilweise operieren zwei oder drei G5-Sahel-Staaten auch gemeinsam in den Grenzregionen. Die Afrikanische Union plant aktuell die Entsendung von 3.000 Soldaten zur Unterstützung der G5-Sahel.

Ausblick

Die Lage im Einsatzgebiet von MINUSMA im Frühjahr 2020 ist sehr unübersichtlich. Die Auswirkungen der **Corona-Pandemie** auf Mali und die anderen G5-Sahel-Staaten im Allgemeinen und auf MINUSMA im Besonderen sind noch nicht absehbar. Ein größerer Ausbruch würde die Region angesichts der bereits bestehenden humanitären Krise und mangelnder medizinischer Kapazitäten schwer treffen. Die bisher [gemeldeten 704 Erkrankungen](#) (Stand 11.05.) sind sicher nur ein Bruchteil der tatsächlichen Infektionsfälle. Auch MINUSMA selbst ist betroffen, bei 26 Missionsangehörigen wurde das Virus bislang

bestätigt (Stand 23.04.). Die UN hat Mali bereits über sechs Millionen US\$ an Soforthilfe zur Verfügung gestellt, 2,7 Millionen über MINUSMA, 3,4 Millionen über andere UN-Agenturen. Die militärischen und polizeilichen Aktivitäten der Mission laufen weiter. Hierzu gehören insbesondere Patrouillen zum Schutz der Zivilbevölkerung in Nordost-Mali (*Operation Seka*) und Zentral-Mali (*Operation Buffalo*). Allerdings wurde Anfang April die **Truppenrotation ausgesetzt** und alle UN-Flüge, außer zum Transport von Versorgungsgütern und für medizinische Notfälle, eingestellt. Auch der Kontakt zu malischen Partnern wurde eingeschränkt, was vor allem die Arbeit der zivilen Komponente von MINUSMA stark behindert. Diese Maßnahmen sind dennoch richtig, um dem andernorts in Afrika bereits erhobenen Vorwurf entgegenzuwirken, „die Ausländer“ des UN-Einsatzes hätten den Erreger eingeschleppt. Bereits vor der Corona-Krise hatte sich die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der internationalen Präsenz deutlich abgekühlt.

Trotz Corona wurden die **Parlamentswahlen** – die ersten seit 2013 – in zwei Durchgängen am 29. März und 19. April abgehalten. MINUSMA unterstützte die Wahlen durch Trainingsmaßnahmen für die malischen Wahlbehörden, die Entsendung von rund 600 Wahlbeobachtern und den Transport von 15 Tonnen Material. Die Partei des Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita blieb trotz Verlusten mit 51 von 147 Sitzen deutlich stärkste Kraft. Es sollte ihr gelingen, mit Hilfe ihrer Verbündeten eine Mehrheit im Parlament zu bilden. Dies ist entscheidend, da das Parlament die zur Umsetzung des Friedensabkommens notwendigen Verfassungsänderungen bestätigen muss. Ob es die zu diesem innenpolitisch hoch umstrittenen Schritt notwendige öffentliche Legitimität haben wird, bleibt abzuwarten. Denn aufgrund von Corona war die Wahlbeteiligung sehr gering, landesweit lag sie bei ca. 35%, in Bamako nur bei ca. 13%.

Nichts demonstriert die weiterhin **prekäre Sicherheitslage** in Mali deutlicher als die Entführung des Oppositionsführers Soumail Cissé (jeweils Zweitplatziertes der letzten drei Präsidentschaftswahlen) am 25. März während einer Wahlkampfreise in Zentral-Mali, vermutlich durch eine islamistische Miliz. Eine Reduzierung der Anzahl von Terroranschlägen und inter-ethnischen Gewalttaten im Vergleich zum Rekordniveau des Jahres 2019 mit insgesamt 4.800 Konflikttoten in Mali, Niger und Burkina Faso (zu berechnen bei [ACLED](#)) durch den Corona-Ausbruch ist nicht zu erwarten. Im Gegenteil, der örtliche Ableger von al-Qaida bezeichnete das Virus kürzlich als „Gottesgeschenk“.

Vor diesem Hintergrund sind die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft verständlich, ihre Einsätze in der Region zu vergrößern und schlagkräftiger zu gestalten. Hierzu gehören die personelle Aufstockung von *Barkhane*, die bevorstehende Entsendung der *Task Force Takuba* und die geplante AU-Truppe zur Unterstützung der FC-G5S. Die UN arbeitet im Rahmen ihres „**Mission Adaptation Plan**“ an der Aufstellung einer mobilen Eingreiftruppe innerhalb von MINUSMA, bestehend aus zusätzlichen Spezialkräften, Fernaufklärern, Lufttransportfähigkeiten, medizinischem Personal und Kampfmittelräumern. Dafür hat der Generalsekretär für die kommende Mandatsperiode die Aufstockung des Budgets der Mission um 5% im Vergleich zum vergangenen Jahr (1,22 Milliarden Dollar) vorgeschlagen. Es ist offen, ob sich diese Erhöhung angesichts der unabsehbaren Auswirkungen der Corona-Krise auf das gesamte UN-Budget wird umsetzen lassen.

Es ist im Kontext der andauernden Krise in Mali und der Sahelzone dringend geboten, dass Deutschland sein militärisches (aber auch polizeiliches und ziviles) Engagement bei MINUSMA fortsetzt, auch unter den Unwägbarkeiten der Corona-Krise. Daneben sollten Bundestag und Bundesregierung auch in Erwägung ziehen, die politische Unterstützung wie auch den finanziellen Beitrag an die UN in der jetzigen Situation zu erhöhen.